



Presse- mitteilung

HAUSANSCHRIFT Friedrichstraße 108, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 18441-2225
FAX +49 (0)30 18441-1245
INTERNET www.bmg.bund.de
E-MAIL pressestelle@bmg.bund.de

Berlin, 2. April 2009
Nr. 26

Zweiter Pflegegipfel – Maßnahmen für bessere Pflege im Krankenhaus vorgestellt

Auf Einladung von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt sind heute in Berlin Expertinnen und Experten aus dem Bereich der Krankenhauspflege zum zweiten Pflegegipfel zusammengekommen, um Handlungsempfehlungen für bessere Pflegebedingungen und -qualität vorzustellen. Dazu gehören Vertreter des Deutschen Pfliegerates, der Gewerkschaft ver.di, der Arbeitsgemeinschaft „Junge Pflege“, des Spitzenverbandes Bund der gesetzlichen Krankenkassen, der Deutschen Krankenhausgesellschaft, des Verbandes der Krankenhausdirektoren und der Bundesärztekammer.

Zu den vorgestellten Empfehlungen erklärt **Ulla Schmidt**: „Gute Pflege ist für eine gute medizinische Versorgung der Patientinnen und Patienten unverzichtbar. Und eine gute Pflege benötigt auch gute Arbeitsbedingungen. Das gesetzliche Förderprogramm für zusätzliches Pflegepersonal in den Kliniken ist bereits letzte Woche in Kraft getreten und muss jetzt zügig umgesetzt werden. Nun gilt es, die Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal zu verbessern und die Qualität der pflegerischen Arbeit am

Patienten zu erhöhen. Alle Beteiligten müssen sich jetzt anstrengen, die gemeinsam getroffenen Vorschläge zu realisieren. Nur wenn wir es schaffen, die Attraktivität des Pflegeberufs zu sichern, wird es auch künftig den dringend nötigen Pflegekräfte-nachwuchs geben.“

Handlungsempfehlungen für bessere Pflegebedingungen und mehr Qualität

- **Pflegestellen-Förderprogramm**

In einer ad-hoc-Arbeitsgruppe des Pflegegipfels wurden im Herbst 2008 Vorschläge für ein Förderprogramm erarbeitet, mit dem zusätzliches Pflegepersonal in Kliniken finanziert werden sollte. Die Vorschläge sind in das Krankenhausfinanzierungsreform-Gesetz eingeflossen und jetzt in Kraft getreten. Mit dem Förderprogramm können in den nächsten drei Jahren bis zu 17.000 zusätzliche Pflegepersonalstellen in den Krankenhäusern zu 90 Prozent durch die Krankenkassen finanziert werden. Zugleich sind die Weichen für eine dauerhafte Finanzierung dieser Stellen gestellt. Außerdem können bis zu fünf Prozent der zusätzlichen Mittel eines Krankenhauses auch für arbeitsorganisatorische Maßnahmen verwendet werden, die den Pflegedienst entlasten.

- **Instrumente zum sachgerechten Personaleinsatz in der Pflege**

Für pflegerisch hochaufwendige Fälle im Krankenhaus sollen Indikatoren entwickelt werden, die im Rahmen des G-DRG-Systems (Fallpauschalen-System) eine aufwandsgenauere Abbildung der Pflege ermöglichen. Dadurch soll die Verteilungsgerechtigkeit zu Gunsten der Krankenhäuser und Abteilungen mit besonders hohem pflegerischen Aufwand verbessert werden.

Die Teilnehmer des Pflegegipfels empfehlen dem Gemeinsamen Bundesausschuss, evidenzbasierte pflegebezogene Qualitätsindikatoren zu entwickeln und in die einrichtungsübergreifende Qualitätssicherung einzubeziehen. Dadurch sollen Mängel bei der Pflege aufgedeckt und abgestellt werden. Zudem soll der Qualitätsbericht der Krankenhäuser zusätzliche Informationen zur Personalausstattung der Krankenhäuser auch im Verhältnis zur Zahl der behandelten Patientinnen und Patienten enthalten.

- **Erhöhung der Attraktivität der Pflegeberufe und ihrer Perspektiven im Krankenhaus**

Die Attraktivität der Pflegeberufe hängt in hohem Maße von den Arbeitsbedingungen und den Möglichkeiten der beruflichen Entwicklung in den Krankenhäusern ab. Die Expertinnen und Experten des Pflegegipfels verständigten sich deshalb auf ein Bündel von Maßnahmen zur Entwicklung und Erprobung neuer Arbeits- und Aufgabenteilungen, zur Unterstützung einer modernen Arbeitsorganisation sowie zur Nachwuchsförderung in der Pflege.

Neue Konzepte sollen verstärkt eingesetzt werden, um die Berufszufriedenheit der Pflegenden zu erhöhen sowie die Vereinbarkeit mit der Familie zu verbessern. Beispielhafte Modelle sollen mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Gesundheit unter Federführung der Deutschen Krankenhausgesellschaft zusammengetragen, ausgewertet und veröffentlicht werden.

Weitere Informationen und die Handlungsempfehlungen im Einzelnen finden Sie unter: www.bmg.bund.de.